

Antrag

der AfD-Fraktion

Sozialen Ausgleich schaffen – Mindestlohn verteidigen

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag nimmt die aktuellen Forderungen nach Aufweichung der gesetzlichen Regelungen zum Mindestlohn sehr ernst. Der Landtag spricht sich deutlich gegen eine Ausweitung der Ausnahmeregelungen beim Mindestlohn aus.

Begründung:

Die gesetzlichen Regelungen für die Zahlung des Mindestlohns sollen aufgeweicht werden. Die CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag diskutiert über weitere Ausnahmen vom Mindestlohn. Einem Integrationspapier der CDU zufolge sollen Ausnahmen bei der Dauer von Praktika für Migranten gemacht werden können. Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) fordern ebenfalls Ausnahmen vom Mindestlohn.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB warnt vor einer Aussetzung des Mindestlohns für Migranten. Migranten dürfen nicht gegen andere Beschäftigte ausgespielt werden. Die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichtes, Ingrid Schmidt, äußerte sich hierzu: „Man kann nicht beliebig sagen, diese Arbeitnehmer bekommen es und jene Arbeitnehmer bekommen es nicht“. Auch müsse der Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes beachtet werden.

Brandenburg darf keine Zweiklassenbehandlung zulassen. Der Landtag stellt sich hinter die Menschen im Niedriglohnsektor und wird sich mit aller politischer Macht gegen eine Aussetzung des Mindestlohns zur Wehr setzen.

Birgit Bessin
für die AfD-Fraktion